

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1148/2007 öffentlich 23.02.2007	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Fahrzeuge

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. zu berichten, welche Fahrzeugtypen als Dienstwagen genutzt werden und welchen CO₂-Ausstoß diese haben;
2. umgehend den Umfang der Nutzung von car-sharing-Angeboten zu erweitern und zu berichten, welche Fahrzeugtypen mit welchem CO₂-Gehalt zum Einsatz kommen;
3. bei der unabdingbaren Neuanschaffung von dienstlichen Kraftfahrzeugen (PKW, Bus, LKW) vorab der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben, welches Fahrzeug erworben werden soll und mit welcher CO₂-Klassifizierung. Hierbei ist Fahrzeugen mit Hybridantrieb oder alternativen Kraftstoffen wie Rapsöl, Bioethanol, Erdgas der Vorzug zu geben;
4. zu prüfen und binnen 2 Monaten zu berichten, inwieweit vorhandene Dienstfahrzeuge gegen schadstoffärmere Fahrzeuge ausgetauscht oder umgerüstet werden können;
5. auf die städtischen Tochterunternehmen einzuwirken, die Punkte 1.-4. entsprechend in ihren Unternehmen umzusetzen und der Stadt vierteljährlich hierüber zu berichten;
6. auf von der Stadt maßgeblich geförderte freie Träger, Vereine, Institutionen und Einrichtungen einzuwirken, ebenfalls schadstoffarme Fahrzeuge einzusetzen.

Begründung:

Nach den neuesten Umweltstudien ist es fünf vor zwölf. Nur durch Sofortmaßnahmen kann der Klimakollaps noch verhindert werden. Hauptverantwortlich für den Treibhauseffekt und die damit verbundene Erderwärmung ist das Treibhausgas CO₂. Der stetig zunehmende Verkehr durch immer höher motorisierte Fahrzeuge trägt wesentlich zum Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre bei.

Während in den letzten zehn Jahren der CO₂-Ausstoß von Kraftwerken und der Industrie durch immer bessere technische Anlagen gesenkt werden konnte, stieg er im Bereich des Straßenverkehrs um 8 % an. Eine Trendwende ist hier zur Abwendung der Klimakatastrophe dringend erforderlich.

Das Regierungspräsidium Gießen nimmt hierbei in der Region Mittelhessen eine Vorreiterrolle ein, indem es bereits einen Teil seines Fuhrparks auf alternative Kraftstoffe umgestellt hat bzw. noch weiter umstellt.

Auch die Stadt Marburg sowie ihre Tochterfirmen sind aufgefordert im Sinne des Klimaschutzes umgehend zu handeln und alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den CO₂-Gehalt der städtischen Fahrzeuge zu senken. Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ist dabei die umweltschonendste Alternative, die stets den Vorrang haben sollte.

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

gez. Dr. Petra Baumann

gez. Reinhold Becker